

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 15. Dez. 2021, 31. Jahrg.

## Höhere Löhne in systemrelevanten Berufen!

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die im Jahr 2020 Aufstockerleistungen beantragen mussten:\*



Datenquelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Aufbereitung: Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**36.515 Verkäufer:innen, 10.862 Altenpflegekräfte, 9.225 Paketbot:innen sowie 8.249 Krankenpflegekräfte mussten 2020 laut Bundesregierung Aufstockerleistungen beantragen, das heißt, sie erhielten ergänzend zum Arbeitslohn „Hartz IV-Leistungen“. Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Dietmar Bartsch, kommentiert: „Die Helden**

**des Alltags stehen vielfach Schlange im Sozialamt. Dass zehntausende Pflegekräfte, Verkäuferinnen und Paketboten mitten in der Pandemie aufstocken müssen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht, ist der Gipfel der Heuchelei. Partiiell sind die Löhne sogar gesunken. Die Ampel muss sich fragen lassen, wann kommt der versprochene Mindestlohn?“.** ig

## Barnim: Mehr Geld für die Tagespflege der Kinder

Kreistag beschloss am 1. Dezember eine neue Richtlinie.

Geplante Veränderungen in der Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Kindern in Tagespflege im Barnim schlugen in der September-Sitzung des Kreistages die Wellen hoch. Deshalb war die Entscheidung vertagt worden.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE/Bauern beriet danach auch nochmals, griff einige Änderungsvorschläge im Sinne der Tagesmütter auf und arbeitete daran mit, diese in die Richtlinie aufzunehmen. In dieser Verwaltungsvorschrift werden vor allem allgemeine Voraussetzungen für die Tätigkeit von Tagesmüttern, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Pflichten von Tagespflegepersonen, Anforderungen an ihre Qualifizierung und ihre Vergütungen geregelt.

Am 1. Dezember nun stand die geänderte Richtlinie erneut auf der Tagesordnung des Kreistages. Dieser nun stimmten alle Kreistagsabgeordneten ohne Gegenstimme zu.

Damit ist künftig neu geregelt, dass die Räumlichkeiten der Tagespflegekräfte geprüft werden, von ihnen jährliche Qualifikationen gefordert werden und Kinderrechte eine neue Bedeutung erlangen. Außerdem wurde die Abrechenbarkeit geleisteter Arbeitsstunden von 45 auf 50 erhöht und damit dem realen Bedarf, den die Tagespflegekräfte beziffert haben, angepasst. Künftig erhalten sie auch 10 Arbeitstage Lohnfortzahlung im Jahr auf Krankenschein. Erhöht wurde ebenfalls der Betrag für die Erstausrüstung. Hier gibt es künftig 1.000 statt 200 Euro. Auch kann künftig Beschäftigungsmaterial geltend gemacht werden sowie Ausstattungen in Höhe von 200 Euro jährlich.

Damit stehen künftig 2,3 Millionen Euro im Jahr für diesen Teil der frühkindlichen Bildung für Barnimer Kinder zur Verfügung. Eine gute Investition, meint die Fraktion der LINKEN im Kreistag. mh

## „Die Landesregierung darf die Axt nicht an das soziale Brandenburg legen.“

Bis Freitag berät der Landtag über den Haushalt für 2022. DIE LINKE: Wohnungsbauförderung nicht kürzen.

Die Förderung des Wohnungsbaus in Brandenburg wird immer weiter zurück gefahren. Während die SPD/LINKE-Regierung bis zum Jahr 2019 den Wohnungsbau immer weiter unterstützte, die Fördersätze je Quadratmeter erhöhte, individuelle Lösungen mit den Kommunen wie z.B. auch in Bernau ermöglichte, ist seit 2020 ein stetiger Abbau zu sehen. Im Jahr 2020 standen im Landeshaushalt noch 175 Millionen Euro zur Verfügung, in diesem Jahr waren es schon 8 Millionen weniger und für 2022 sind nur noch 130 Millionen Euro nach dem Willen der Regierungsfractionen aus SPD, CDU und Grünen geplant.

„Hier darf nicht weiter gekürzt werden“, fordert Sebastian Walter,

Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag. Seine Fraktion wird deshalb in dieser Woche einen Änderungsantrag einbringen, 40 Millionen Euro mehr im Haushalt einzustellen. „Wir können den Wohnungsbau nicht allein dem Markt überlassen“, erklärt Walter. In allen Regionen in Brandenburg steigen die Mieten spürbar, bis zu 30 Prozent bei Neuvermietungen, auch in Gegenden, wo man das bisher nicht für möglich gehalten hat. „Dass Brandenburger:innen sich ihre Mietwohnung leisten können, ist eine zentrale Frage“, betont Sebastian Walter. „Es wäre das falsche Signal hier zu kürzen. Innerhalb der Wohnungsbauförderung muss der soziale Wohnungsbau unterstützt

werden, insbesondere für kommunale Unternehmen und Genossenschaften.“ An die Adresse der neuen Wohnungsbauministerin Klara Geywitz (SPD) richtete der LINKEN-Politiker seine Forderung, dass der soziale Wohnraum massiv ausgebaut, die Mietpreisbremse ausgeweitet und der Mietendeckel auf Bundesebene installiert wird.

Insgesamt werden die LINKEN 31 Änderungsanträge in den Haushaltsberatungen stellen. Dazu gehören so entscheidende Bereiche wie die Unterstützung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Hier fordert DIE LINKE 3 Millionen mehr als geplant. Oder die weitere Unterstützung der Schulgesundheitsfachkräfte mit 700.000 Euro.

„Für die Finanzierung des Bahnhofs Fangschleuse, dessen Bau vor allem Tesla unterstützt, werden 50 Millionen Euro eingeplant. Damit könnte man 80 Jahre lang die jetzigen Schulgesundheitsfachkräfte bezahlen“, wird Sebastian Walter am 14. Dezember auf einer Pressekonferenz polemisch. Nicht zuletzt geht es der LINKEN noch um die Beitragsfreiheit für das vorletzte Kitajahr: „Die Landesregierung hatte versprochen, die Eltern ab 2022 zu entlasten. Sie darf nicht wortbrüchig werden und muss deshalb auch die 14 Millionen Euro dafür zur Verfügung stellen“, betont Sebastian Walter. Er sieht die Gefahr, dass SPD, Grüne und CDU „die Axt an das soziale Brandenburg legen. bc

nächste OW am 19. Dezember